Doku: Geplante Ausschreitungen kommunistischer „Partisanen der letzten Stunde“

Vorweg gesagt: Es hat während des Zweiten Weltkriegs in Italien idealistische und anständige Partisanen gegeben, die ein legitimes Widerstandsrecht gegen einen terroristischen Staat in Anspruch nahmen.
Es gab aber auch ein düsteres und verbrecherisches Geschehen. Es handelt sich um eine in Italien bis heute nicht ausreichend aufgearbeitete Seite des Zeitgeschehens, die hier kurz beleuchtet werden soll.

Kommunistische Partisanen nutzten die Gunst der Stunde

Mit der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht in Oberitalien und der Auflösung der faschistischen „Repubblica Sociale Italiana“ (RSI) entstand bis zum Eintreffen der nachrückenden alliierten Truppen in zahlreichen Städten und Landstrichen ein vorübergehendes Machtvakuum. Zu diesem Zeitpunkt gab es keinen Grund mehr, einen Widerstandskampf fortzuführen. Der Gegner war bereits zusammen gebrochen. Nichtkommunistische Partisanengruppen stellten zumeist ihren Kampf ein.
In diesem Zeitraum ergriffen aber straff organisierte kommunistische Partisaneneinheiten die Initiative. Sie überzogen das Land mit gesetzlosem Terror, ließen illegale Partisanen-„Kriegsgerichte“ tagen und nahmen mit oder ohne „Partisanen-Prozess“ summarische Hinrichtungen vor. Dabei wurden auch persönliche Rechnungen beglichen.
Ein Beispiel von vielen: In Roccaforte del Greco wurde der Sekretär der örtlichen „Democrazia Cristiana“ (DC) erschossen

und in einem Nachbarort wurde der katholische Priester auf grausame Weise getötet. (Siehe: Paul Serant: „Die politischen Säuberungen in Westeuropa“, Oldenburg und Hamburg, S. 223)

Kommunistische Partisanen grüßen mit geballter Faust – dem Sowjet-Gruß





Stolz zeigen diese Partisanen ihre Gesinnung: Hammer und Sichel und Sowjetstern!



Echte Partisanen distanzierten sich von den „Partisanen der letzten Stunde“

In vielen oberitalienischen Städten brach blutige Anarchie aus. J. P. Fehlmann, Sonderberichterstatter von „Paris-Presse“, fuhr damals mit Partisanen auf einem Lastwagen durch Oberitalien und war Zeuge grausamer Mordtaten. In Brescia erklärten ihm wirkliche Partisanen, dass jene Leute, welche diese Terrorwelle in Gang gesetzt hatten, keine Patrioten, sondern „Partisanen der letzten Stunde“ seien, die ihr Handwerk „unter dem Deckmantel der Widerstandstätigkeit“ ausübten.
Bei der Durchfahrt durch Como erlebte der Berichterstatter Fehlmann Folgendes: „Ein Mann und eine Frau wurden an den Haaren aus einem Laden herausgezerrt. Dann drangen einige Partisanen in das Geschäft ein und rissen alles an sich, was ihnen unter die Hände kam. Die Ladeninhaber wurden mit Stiefelabsätzen traktiert und grausam getreten.“
Fehlmann wandte sich an den Anführer und wollte wissen, was die beiden Opfer verbrochen hätten. Die Antwort des Partisanen lautete: „Sie sind angezeigt worden!“

Wie Fehlmann weiter berichtete, blieben auf der Straße „zwei unförmige Leichen zurück. Ich sprang auf den anfahrenden Lastwagen. Von Zeit zu Zeit ratterten Maschinengewehrstöße. Auf den Bürgersteigen brachen Leute zusammen. Niemanden schien das zu kümmern.“

Ein Partisan erklärte dem Journalisten: „Was tagsüber geschieht, ist alles noch gar nichts. Sie müssen das einmal bei Nacht erleben. Dann kommt der Irrsinn der Entführungen. Die Opfer liegen am nächsten Tag, von Kugeln durchlöchert, auf der Straße.“ (Paul Serant: a. a. O., S. 223)

Die Wahrheit kommt heute an das Licht

Die Wahrheit über das damalige blutige Geschehen kommt heute in einzelnen Orten stückweise an das Licht. Am 25. November 2010 berichtete beispielsweise die Zeitung „Il Mattino di Padova“, dass der Lokalhistoriker Lino Scalco ein düsteres Geschehen aufgeklärt habe, welches sich zwischen dem 29. April und dem 15. Mai 1945 bei der Ortschaft Codevigo ereignet hatte. In jenen Tagen hatte die 8. Britische Armee den Po überschritten. In ihrem Gefolge befand sich die Kampfgruppe „Cremona“ der italienischen Armee sowie eine Kampfgruppe der kommunistischen Partisanen-Brigade „Mario Gordini“, befehligt von Arrigo Boldrini.

Diese aus der dortigen Gegend stammenden Männer, die offenbar persönliche Rechnungen mit örtlichen Faschisten begleichen wollten, erreichten Codevigo am 29. April 1945. Sie töteten ohne Umschweife und ohne jeden Prozess umgehend die Lehrerin des Ortes und zwei oder drei weitere örtliche Faschisten. Das hielt der Ortspriester Don. Umberto Zavattiero in seiner Chronik fest. Das war aber erst der Anfang.

Bei dem Näherrücken der Alliierten hatten sich 136 Angehörige der faschistischen „Republikanischen Nationalgarde“ dem örtlichen „Befreiungskomitee“ – dem „Comitato di Liberazione Nazionale“ (CLN) – von Codevigo ergeben. Der kommunistische Partisanenkommandant Boldrini ließ sich von dem CLN nun die Gefangenen übergeben und versprach, sie nach Ravenna zu bringen, damit sie dort vor Gericht gestellt werden könnten. Die Gefangenen kamen jedoch nie in Ravenna an. Sie wurden der Reihe nach an verschiedenen Orten erschossen und dann verscharrt oder in den Fluss geworfen. Jetzt – nach Jahrzehnten – hat der Lokalhistoriker Scalco anhand von Archivmaterial und damaligen Zeitzeugenberichten dieses Geschehen dokumentieren können.

Auf dem Bild links posieren Partisanen mit zwei Maschinengewehren und 4 weiteren Maschinenpistolen und Gewehren für den Kameramann. Auf dem rechten Bild sieht man, wie ein „Il Negher“ genannter Partisan der kommunistischen 12. Garibaldi-Division einen wehrlosen Gefangenen erschießt. (Aus der katholischen Internetseite www.cristianicattolici.net, auf welcher auch die Namen und Schicksale dutzender katholischer Priester dokumentiert sind, die von kommunistischen Partisanen ermordetet wurden.)

Bis heute ungeklärte Opferzahlen

Über die Aufarbeitung des Geschehens insgesamt urteilt der deutsche Historiker Hans Woller: „Für die italienische Geschichtsschreibung bleibt hier noch viel zu tun, sie hat das schmerzliche Kapitel der ‚wilden Säuberung“ aus Rücksicht auf den strahlenden Mythos der Resistenza bis heute weitgehend ignoriert. Im wissenschaftlichen Schrifttum und in der Presse geistern deshalb höchst unterschiedliche, durch nichts gestützte Opferzahlen herum, die je nach dem politischen Standort des Autors zwischen 7.000 und 300.000 schwanken.“

(Hans Woller: „Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 – 1945“, München 1960, S. 279)
Der französische Historiker Paul Serant hält eine Zahl von etwa 100.000 für wahrscheinlich. (Paul Serant: „Die politischen Säuberungen in Westeuropa“, Oldenburg und Hamburg, S. 237)

Ziel des Terrors war die Errichtung einer sowjetischen „Volksdemokratie“ gewesen

Es hatte sich bei dem Terror der „Partisanen der letzten Stunde“ um keine Übergriffe im Rahmen einer spontanen Volkserhebung gehandelt, sondern um den von dem „Partito Comunista Italiano“ (PCI) gesteuerten Versuch, vor Ankunft der Alliierten vollendete innenpolitische Tatsachen zu schaffen. Es sollte eine kommunistisch dominierte und nach sowjetischem Vorbild gestaltete „Volksdemokratie“, ein „Governo del Popolo“, errichtet werden.
Die blutige „Anarchie“ in den oberitalienischen Industriezentren war von den kommunistischen Partisanen-Führern durchaus geduldet und zum erheblichen Teil geplant gewesen.
Der deutsche Historiker Hans Woller hat in seinem Werk „Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948“ die steuernde Rolle des PCI und der kommunistischen Partisanen-Kommanden detailliert dargestellt, ihre Massenverbrechen dokumentiert und über ihre politische Zielsetzung berichtet: „Über den großen Industriebetrieben flatterte die rote Fahne, in den Werkshallen propagierten Wandzeitungen die Diktatur des Proletariats, Stalins Konterfei wies den Weg dazu. Befreiung und Revolution schienen eins zu sein.“ (Hans Woller: „Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 – 1945“, München 1960, S. 246)
Über die damalige kommunistische Taktik berichtet Woller: Der kommunistischen Partei „ging es auch darum, im Befreiungskampf den Mythos zu schaffen, das Land habe aus eigener Kraft die Fesseln von Faschismus und Fremdherrschaft abzustreifen

vermocht, und den unbestreitbar großen Beitrag den sie selbst und die von ihr angeleitete Arbeiterklasse dazu geleistet hatte, als nationale Großtat herauszustellen.“ (Hans Woller: „a. a. O., S. 254)
Die rechtzeitige Ausschaltung möglicher politischer Gegner unter dem Titel der „epurazione“, der Säuberung vom Faschismus, überließ der PCI aber nicht nur dem blinden Furor der Straße, sondern richtete zusätzlich auch eine eigene Partisanengerichtsbarkeit ein, welche durch Partisanen-Justizkommissionen („commissioni di giustizia“) überwacht und gesteuert wurde. (Hans Woller: a. a. O., S. 175, 249ff)
Nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht in Italien am 2. Mai 1945 kam es in Norditalien noch zu einigen solcher „Prozesse“ mit anschließenden Exekutionen, bis das Eintreffen der Alliierten der blutigen Partisanen-Justizgroteske ein Ende setzte.

In den von den Alliierten besetzten Gebieten stellten sich die kommunistischen Partisanen auf Plakaten als heroische Freiheitskämpfer dar (Bild links). Sie gaben auch eigene Zeitungen heraus. Hier auf dem rechten Bild ist das Titelblatt der Zeitung „Die Stimme des italienischen Partisanen“ („La voce del partigiano italiano“) zu sehen. Das Blatt wurde von der kommunistischen Partisanenbrigade „Matteotti“ ab dem Februar 1945 herausgegeben.

Der große Freund Giuseppe Stalin

Dass die italienischen Kommunisten politisch im Sinne und Auftrag Stalins gehandelt hatten, geht aus ihrem überschwänglich trauernden Nachruf auf ihren großen Helden hervor, den sie 1953 veröffentlichten.

Als Stalin 1953 starb, betrauerte die PCI-Zeitung „Unita“ den „Chef der Arbeiter auf der ganzen Welt“, der „für die Befreiung und den Fortschritt der Humanität mehr als alle anderen getan hat.“ Die kommunistische Partei ließ Plakate anschlagen, auf denen es hieß: „Unvergänglicher Ruhm für Giuseppe Stalin“, der ein „großer Freund des italienischen Volkes“ und der „Urheber des historischen Sieges über die nazistischen und faschistischen Barbareien“ gewesen sei. „Es lebe die unsterbliche Idee des Kommunismus von Marx, Engels, Lenin und Stalin !“, hieß es abschließend.
Wie gerne wären die italienischen Kommunisten im Jahr 1945 Stalins Wunsch nach Errichtung einer italienischen „Volksdemokratie“ nachgekommen. Diesem Vorhaben standen aber damals die Amerikaner und Engländer als Besatzungsmacht im Wege.

Die westlichen Alliierten lösten das Problem elegantissime: Die Partisanen wurden mit Geld gekauft!

Die Rachefeldzüge der kommunistischen Partisanen in den großen Industriegebieten Norditaliens hatten den Anglo-Amerikanern bei ihrem Vorrücken zunehmend Kopfzerbrechen bereitet, da es in ihrem Interesse gelegen war, stabile Verhältnisse für die Errichtung einer Demokratie nach westlichem Muster herbeizuführen. Es ging darum, die Zentralregierung zu stärken, die jedoch auch vielen ehemaligen Faschisten Zuflucht bot. Daraus leiteten wiederum die Kommunisten ihren Anspruch auf gewalttätiges Einschreiten ab.
Eine sehr italienische Lösung dieses Konflikts war bald gefunden: Gegen Bezahlung von drei guten Monatsgehältern durch die Regierung in Rom an rund 100.000 Partisanen garantierte das oberitalienische „Befreiungskomitee“ in Mailand – das „Comitato di Liberazione Nazionale Alta Italia“ (CLNAI) – der Regierung die Loyalität der Partisanen. Das wichtigste Zugeständnis war jedoch die Zusicherung, dass die Partisanen

die Verwaltung der „befreiten Gebiete“ unmittelbar nach Errichtung einer Alliierten Militärregierung an dieselbe übergeben und anschließend die Waffen niederlegen würden. (Siehe: Eva Pfanzelter: „Südtirol unterm Sternenbanner – Die amerikanische Besetzung Mai – Juni 1945“, Bozen 2005, S. 60)



Partisanen-Parade mit anschließender Waffenabgabe 1945 in Venedig

So geschah es dann auch. Die britische und amerikanische Armee ließ die Partisanen heroische Siegesparaden abhalten, an deren Ende die Partisanenführer unter Trompetenstößen und Trommel-TamTam mit Heldengedenkmedaillen ausgezeichnet, mit Verdienstdiplomen versehen und mit Geldprämien beschenkt wurden. Anschließend durften die Partisanen unter den wachsamen Augen der Alliierten feierlich ihre Waffen abgeben.

So wurde Italien auf angelsächsisch-kluge Weise im lustigen Stil einer „opera buffa“ vor der Errichtung einer „Volksdemokratie“ bewahrt.

Mit Zustimmung des Landeshauptmanns: Partisanen-Unterricht für Südtirols Schüler

Am 28. April 2016 unterzeichnete der Südtiroler **Landeshauptmannstellvertreter Christian Tommasini** mit Zustimmung der Südtiroler Landesregierung und **mit Billigung des Landeshauptmannes Dr. Arno Kompatscher** eine Vereinbarung

mit dem Präsidenten der **Nationalen Italienischen Partisanenvereinigung ANPI, Orfeo Donatini.**

In dieser Vereinbarung wird diesem Partisanen-Traditionsverband ein weitgehendes **Mitgestaltungsrecht bei dem Zeitgeschichte-Unterricht** an Südtirols Schulen eingeräumt:

* Bereitstellung von Inhalten und Materialien für den Geschichtsunterricht,

* Entwicklung von didaktischen Materialien,

* Seminaren und Tagungen,

* Entwicklung von Informationsmaterialien.

Zu dem Partisanen-Traditionsverband ANPI ist einiges zu sagen:

Bis heute verschweigt die ANPI in ihren Publikationen die grauenhaften Massenmorde an Zivilisten durch zumeist kommunistisch gesteuerte Partisaneneinheiten unmittelbar **nach Kriegsende.**

Diese Ereignisse hatten nichts mehr mit berechtigtem Widerstand gegen eine Diktatur zu tun. Die damalige kommunistisch gesteuerte Terrorwelle sollte vielmehr eine kommunistische Machtergreifung wie im Ostblock einleiten. Sie war verbunden mit Raub, Diebstahl, und Vergewaltigungen durch kriminelle Elemente. Der damalige Massenmord **mit zehntausenden Todesopfern unter der wehrlosen Zivilbevölkerung** ist in der Zeitgeschichte eine dokumentierte Tatsache.

Die kommunistischen Partisanen trugen vielfach den Sowjetstern

auf ihrer Mütze oder an ihrer Kleidung.

Katholische Internetportale erinnern heute an die Untaten kommunistischer Verbrecher, welche den Titel „Partisanen“ okkupiert hatten

Am 10. April 1945 wurde der 14jährige Seminarist Rolando Rivi aus einem kleinen Ort in der Nähe von Modena von kommunistischen Partisanen verschleppt. Er wurde drei Tage lang geschlagen, ausgepeitscht und erniedrigt. Am 13. April 1945 wurde er von seinen Qualen durch Ermordung erlöst.
An ihn erinnert kein Lied und im Geschichtsunterricht in Italien wird seiner nicht gedacht.

Nun sollen die Taten der Partisanen in Südtirols Schulen durch die Partisanen-Traditionsvereinigung ANPI dargestellt werden. Man darf davon ausgehen, dass dies verherrlichend erfolgen wird. Der Verband, welcher bislang die dunkle Seite des Geschehens nicht aufgearbeitet hat, wird dies wohl auch im Schulunterricht kaum tun.

In dem Buch von Roberto Bereetta: „Storia dei preti uccisi dai partigiani“ („Geschichte der von den Partisanen ermordeten Priester“), Edizione Piemme, wird die Ermordung katholischer Priester durch kommunistische Partisanen dokumentiert:

Die publizistische Abrechnung mit dem Partisanen-Terror ist im Gange

In immer mehr italienischen Publikationen wird ausgeleuchtet, wie der „Partisanenkampf“ von der Kommunistischen Partei Italiens zu einem Bürgerkrieg und Krieg in Zivilkleidung – „GUERRA in CIVILE“ – umfunktioniert wurde (Bild links). Es

wird dokumentiert, dass die so lange publizistisch hochgelobten („benedetti“) Partisanen als Mörder („assassini“) zahlreiche Massaker verübten (mittleres Bild) und auch vor der Ermordung von Priestern („preti uccisi“ – Bild rechts) nicht zurückgeschreckten.

Das katholische Internetportal „Il Timone“ und der Blog http://ilblogdipensierieparole.blogspot.co.at gedenken der von kommunistischen Partisanen ermordeten Priester

Kurzer Auszug aus der langen Liste der ermordeten Priester (http://ilblogdipensierieparole.blogspot.co.at):

Val d’Aosta
Padre Fernando Ferrarotti – Champorcher giugno 1944, Don Luigi Border – Hòne 5 marzo 1946

Piemonte
TORINO
Don Edmondo De Amicis – Torino 27 aprile 1945
Padre Angelico (Cesare) Romiti – Boschetto Montanaro 7 maggio 1945
Padre Eugenio Squizzato – Corio Canadese 15-16 aprile 1944
Don Giuseppe Amatesi – Coassolo Torinese 16 marzo 1944

ALESSANDRIA
Don Virginio Icardi – Squaneto 4 dicembre 1944
Don Francesco Pellizzari – Tagliolo Monferrato 10 maggio 1945
Don Enrico Percivalle – Variana 13 (15) marzo 1944

ASTI
Don Sebastiano Caviglia – Asti 27 aprile 1945
Don Luigi Solaro – Bottigliera d’Asti 3 aprile 1945

CUNEO
Don Antonio Francesco Zali – Morra San Costanzo 8 giugno 1944

BIELLA
Don Leandro Sangiorgio – Sordevolo 30 aprile 1945

Liguria
GENOVA
Don Attilio Pavese – Alpe Gorreto 6 dicembre 1944
Don Colombo Fasce – Cesino 19 maggio 1945

SAVONA
Don Guido salvi – Castelvecchio di Rocca Barbena marzo 1945

IMPERIA
Don Antonio Padoan – Castelvittorio 8 maggio 1944
Don Andrea Testa – Diano Borello 16 luglio 1944

Lombardia
Don Tullio Calcagno – Milano 29 aprile 1945
Don Pietro Treccani – Provaglio d'Iseo (BS) 5 dicembre 1944
Serafino Lavezzari – San Pietro Casas co (PV) 26 febbraio 1945

Grabstein eines von kommunistischen Partisanen ermordeten Priesters

Pressekonferenz des österreichischen FPÖ-Südtirolsprechers Werner Neubauer: Der Partisanen-Verband ANPI verschweigt auch Partisanen-Untaten in Südtirol

Am 10. Mai 2016 wies der österreichische Nationalratsabgeordnete und FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer auf einer Pressekonferenz in Bozen auf die obig genannten Tatsachen hin.

FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer

Neubauer präsentierte dazu ein grausiges Beispiel für die damaligen Morde an Unschuldigen: Eine von einem katholischen Internetportal herunter geladene **Namensliste von 130 katholischen Priestern**, **die von den kommunistischen Nachkriegs-Partisanen im Veneto und in Istrien abgeschlachtet worden waren**.

Er wies darauf hin, dass auch andere katholische Internetportale Schicksale und Bilder solcher Opfer veröffentlicht haben.

Die Partisanenvereinigung ANPI, so der FPÖ-Südtirolsprecher Neubauer, verschweige bis heute auch die Untaten sogenannter Partisanen, die unmittelbar nach Kriegsende **nach Südtirol hereinbrachen** und in Salurn, Bozen, Naturns und an anderen Orten raubten, plünderten und **in Gröden auch fünf Bürger entführten, folterten und ermordeten**.

Die Täter wurden so gut wie nie belangt, weil die Generalamnestie von 1946 sie der Gerechtigkeit und Sühne entzog.

Auch diese Fakten seien in der Zeitgeschichtsforschung heute ausführlich dokumentiert, erklärte Neubauer. Er besitze dazu Ablichtungen von Berichten von Tatzeugen aus dem **Nordtiroler Landesarchiv in Innsbruck**, wo man 1945 und 1946 diese über die Grenze geschmuggelten **Horrorberichte** aus Südtirol gesammelt hatte.

Protest und Anfragen der „Süd-Tiroler Freiheit“ (STF) und der Südtiroler „Freiheitlichen“

In einer Pressemitteilung vom 29. April 2016 hat die „Süd-Tiroler Freiheit“ bereits gegen die mit dem Partisanenverband getroffene Vereinbarung protestiert: **„Mit dieser Vereinbarung, die dem italienischen Partisanenverband eine wichtige Rolle zuweist, wird der Bock zum Gärtner gemacht.“**

Man werde dazu eine Anfrage im Landtag einbringen. Wie man aus Südtirol hört, wollen auch die „Freiheitlichen“ dem Landeshauptmann Kompatscher dazu einige notwendige Fragen stellen.

Ein Informationsdienst stellt sich vor

In den Jahren 1945 veröffentlichte die von dem vor den Faschisten aus Südtirol geflüchteten Univ.-Prof. Dr. Eduard Reut-Nicolussi geleitete „Landesstelle für Südtirol“ der Nordtiroler Landesregierung eine Reihe wertvoller Dokumentationen, Presseerklärungen und Monatsberichte zur Südtirolfrage. Diese publizistisch-dokumentarische Arbeit war ein wertvolles Hilfsmittel ebenso der österreichischen Staatspolitik wie der verantwortungsvollen Berichtstätigkeit der österreichischen und internationalen Presse.

Im Jahr 1963 wurde der Pressedienst **„SID – Südtirol Information Dokumentation“** ins Leben gerufen.

Der vor den Faschisten geflohene Univ.-Prof. Dr. Eduard Reut-Nicolussi (Bild links) hatte den Grundstein für die Informationsarbeit über Südtirol gelegt gehabt. Schriftleiter des 1963 ins Leben gerufenen „SID“ wurde dann der österreichische Völkerrechts- und Menschenrechtsexperte Univ.-Prof. Dr. Franz Gschnitzer (Bild rechts).

Die Schriftleitung dieses herausragend informativen Pressedienstes hatte der ehemalige Südtirol-Staatssekretär

Univ. Prof. Dr. Franz Gschnitzer (ÖVP) übernommen. Als Herausgeber fungierten der Nordtiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer ÖVP), der Nordtiroler Landesrat Rupert Zechtl (SPÖ) und der Journalist Benedikt Posch.

Des Öfteren geriet der Pressedienst in Bezug auf Südtirol in Widerspruch zu der Wiener Bundesregierung. Unwandelbar stand jedoch der Landeshauptmann Wallnöfer hinter Gschnitzer und dem von ihm vertretenen Kurs.

Als Herausgeber des „SID“ fungierten der Nordtiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer (ÖVP) und der Nordtiroler Landesrat Rupert Zechtl (SPÖ)

Heute ist die Situation in Nordtirol eine völlig andere. Den früheren Pressedienst „SID“ gibt es schon längst nicht mehr. Von der offiziellen Politik wird das Südtirol-Thema als erledigt angesehen, die Ausübung einer „Schutzmachtrolle“ Österreichs gegen römische Autonomie-Aushöhlungen hat sich auf ein bloßes Lippenbekenntnis reduziert.

Es gibt auch seit dem Jahr 2006 keine eigenständige Südtirol-Abteilung mehr im Amt der Tiroler Landesregierung. Das berühmte „Referat S“ unter der Leitung der engagierten Frau Hofrat Dr. Viktoria Stadlmayer ist Geschichte. Und es gibt auch keine regelmäßige amtliche publizistische Tätigkeit mehr in Form von Pressediensten zur Südtirol-Frage.

Um diese Lücke von privater Seite her zu schließen, hat sich ein Kreis von Südtirol-Freunden in Südtirol, Nordtirol und dem übrigen Österreich dazu entschlossen, die notwendige journalistische und dokumentarische Tätigkeit wieder

aufzunehmen. Zu diesem Zweck wurde der „SID – Südtirol Informations-Dienst“ erneut ins Leben gerufen. Er wird in unregelmäßigen Abständen häufig erscheinen und Journalisten, Publizisten und anderen Interessierten kostenfrei übersandt werden. Der „SID“ ist kein kommerzielles Unternehmen.

Als Schriftleiter wird es mir ein Anliegen sein, durch seriöse und belegbare Information einen Beitrag dazu zu leisten, dass das Thema des bislang um seine Selbstbestimmung betrogenen südlichen Landesteils von Tirol nicht der Vergessenheit anheimfällt.

Georg Dattenböck

Nicht auf den Knien nach Rom!

Eine Dokumentation

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte das nunmehr „demokratische“ Italien ungeniert die alte faschistische Entnationalisierungspolitik weiter betrieben. Eine gesteuerte Masseneinwanderung von Italienern aus dem Süden sollte die Südtiroler im eigenen Land zur entrechteten Minderheit machen, welche durch polizeistaatliche Maßnahmen und durch Terror wehrlos gemacht werden sollte. In den 1960er Jahren hatten junge Südtiroler dagegen einen Widerstandskampf geführt.

Heinrich Oberleiter aus dem Ahrntal war einer dieser Widerstandskämpfer gewesen.

Die Widerstandsgruppe der „Pusterer Buam“, zu denen Heinrich Oberleiter gehörte, kleidete sich wie die

altösterreichische Gebirgstruppe. Das rechte Bild zeigt Heinrich Oberleiter heute.

Er hatte aus der eigenen Heimat flüchten müssen. In einem menschenrechtswidrigen Abwesenheitsprozess aufgrund der beibehaltenen faschistischen Strafprozessordnung war er zuerst zu einer langjährigen Haftstrafe und dann in zweiter Instanz zu zweimal lebenslanger Haft verurteilt worden. Von seiner Verurteilung erfuhr er nur aus der Zeitung, ein Urteil hat er nie erhalten.

Er lebt heute in Deutschland und kann wahrscheinlich nur noch im Sarg in seine Heimat zurückkehren.

So beurteilte damals die Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ das Verfahren gegen die „Pusterer“.

Abgelehnte Ehrenbürgerschaft

Ende des Jahres 2015 hatten die beiden Ahrntaler Gemeinderäte der „Süd-Tiroler Freiheit“ (STF), Erich Kaiser und Benjamin Rauchenbichler, den Beschlussantrag eingebracht, Heinrich Oberleiter die Ehrenbürgerschaft der Gemeinde zu verleihen. Am 21. Dezember 2015 lehnte die SVP-Mehrheit im Gemeinderat gegen die Stimmen der Ahrntaler Bürgerliste und der „Süd-Tiroler Freiheit“ diesen Antrag ab.

In einer Presseaussendung hielt der Gemeinderat Benjamin Rauchenbichler von der „Süd-Tiroler Freiheit“ fest:

„Es war dies ein Versuch, eine Persönlichkeit zu ehren, welche sich in aufopferungsvoller Weise für seine Heimat und Gemeinde eingesetzt hat und dabei seine persönlichen Bedürfnisse zurückgestellt hat. Daraus resultiert die bis heute andauernde

Verurteilung durch den Staat Italien, welcher es Heinrich Oberleiter bis heute nicht ermöglicht, in seine Heimat einzureisen, ohne verhaftet zu werden.

Da die Gemeinde als öffentliches Organ gegen diesen Zustand nichts auszurichten vermag, wurde der Versuch gestartet, Heinrich Oberleiter wenigstens ein Zeichen der Anerkennung zu geben.

Nachdem bereits der Süd-Tiroler Landtag mittels Begehrensantrag beschlossen hat, den Staatspräsidenten und Justizminister um die Begnadigung der Freiheitskämpfer der 60er Jahre zu ersuchen, ist es umso verwunderlicher, dass dieser unser Schritt abgelehnt wurde.

Bereits im Vorfeld der Gemeinderatsitzung haben die 6 Gemeinderäte der Bürgerliste ihre Zustimmung für den Beschlussantrag öffentlich gemacht und mit beiligendem Schreiben begründet. Trotz dieser Stimmen und den Stimmen der Einbringer, wurde der Beschlussantrag jedoch mit 8 Ja Stimmen und 10 Nein Stimmen abgelehnt.

Es ist bedauerlich, dass es der Gemeinderat für nicht notwendig erachtet, eine verdiente Persönlichkeit zu ehren, welche sich für das Wohl der Gemeinde und des gesamten Landes Süd-Tirol eingesetzt hat.

Rauchenbichler Benjamin
Gemeinderat Süd-Tiroler Freiheit Gemeinde Ahrntal“

Initiative für ein Gnadengesuch

Im Frühjahr 2016 forderten die STF-Gemeinderäte, dass die Gemeinde bei dem italienischen Staatspräsidenten ersuchen sollte, nach einem halben Jahrhundert durch einen Gnadenakt einen Schlussstrich unter die tragischen Ereignisse der 1960er Jahre zu setzen, damit Heinrich Oberleiter noch zu Lebzeiten und nicht erst als Toter wieder in seine Heimat kehren könne.

Ein liebedienerischer Brief

Daraufhin sagte der Bürgermeister Klammer zu, ein Gnadengesuch an den italienischen Staatspräsidenten zu richten, welches von allen Gemeinderäten unterzeichnet werden solle.

Die Gemeinderäte der Ahrntaler Bürgerliste und der „Süd-Tiroler Freiheit“ (STF) trauten ihren Augen kaum, als ihnen ein Briefentwurf zur Unterschrift vorgelegt wurde, welcher von Unterwürfigkeit gegenüber Rom gekennzeichnet war, herabsetzende Unwahrheiten über den zu Begnadigenden enthielt und einer italienischen nationalistischen Geschichtsverzerrung Recht gab. Mit dem Betroffenen, Heinrich Oberleiter, hatte der Bürgermeister keinen Kontakt aufgenommen, obwohl dessen Anschrift in Deutschland, seine Telefonnummer und seine Emailadresse in der Gemeinde bekannt waren.

Noch dazu war in dem Brief die Gemeinde Ahrntal nur mit dem von dem Faschisten Tolomei erfundenen Namen „Valle Aurina“ bezeichnet.

Nachstehend der Brief:

Übersetzt lautet das Schreiben so:

„Gemeinde Ahrntal – Comune di Valle Aurina

An die Präsidentschaft der Republik

Quirinal-Palast

Rom

zu Handen des höchst geehrten Präsidenten der Republik, Dr. Sergio Mattarella

Steinhaus 06. 04. 2016

Gnadengesuch zugunsten Oberleiter Heinrich, geboren in S. Giovanni di Valle Aurina am 13. 01. 1941

Höchst geehrter Präsident der Republik, Dr. Sergio Mattarella,

wir bitten Sie hiermit, dass Sie in Ausübung Ihrer institutionellen Befugnisse die Möglichkeit in Betracht ziehen, dem Herrn Oberleiter Heinrich die Begnadigung zu gewähren.

Obwohl wir die Schwere der Taten begreifen, wegen derer Oberleiter Heinrich verurteilt wurde, wollen Sie uns gestatten, Ihnen Nachstehendes vorzutragen:

Der Herr Oberleiter Heinrich ist geboren und aufgewachsen im Valle Aurina. Seine Kindheit und die darauf folgende Pubertät fanden in der unmittelbaren Nachkriegszeit am Ende der zwanzigjährigen Zeit des Faschismus statt. Die Armut und der Mangel an Arbeit zwingen ihn dazu, vom zarten Kindesalter an als Bauernknecht bei anderen Familien im Tal zu arbeiten. Seine schulische Ausbildung war kärglich, wenn sie nicht geradezu gefehlt hat. Was aber diese Periode und den Stand der Landbevölkerung charakterisierte, ist vor allem die Hoffnung, dass nach dem Eintritt des Friedens in Europa dieser auch in Südtirol einkehren möge.

Höchst geehrter Präsident, betrachten Sie die damalige Situation: Es gab damals die modernen Kommunikationsmittel wie heute nicht, wo jede Nachricht einen jeden Menschen in wenigen Sekunden erreicht. Zum Zeitpunkt der Taten war die Information charakterisiert durch wenige Zeitungen, aus denen nur wenige

Personen Nutzen zogen, weshalb es die konkreten und unmittelbar aufgenommenen Ereignisse waren, welche die Mentalität jener beeinflussten, die im Gebirge hart arbeiteten.

Gestatten Sie uns, nur einige davon aufzuzählen: Es stellte einen Straftatbestand dar, die Tiroler Fahne während traditioneller Festlichkeiten zu hissen und hatte als unmittelbare Folge das Eingreifen der Ordnungskräfte zur Folge. Die Gerichtsbarkeit wurde ausschließlich in italienischer Sprache administriert. Nicht gut Italienisch zu sprechen war ein Motiv für Verspottung. Nichts oder stattdessen wenig wusste der Herr Oberleiter Heinrich von den Verhandlungen zwischen Österreich und Italien am Sitz der Vereinten Nationen und von den Anstrengungen, eine friedliche Lösung zu finden. Zu Beginn der Sechzigerjahre hatte sich für ihn nichts geändert und so wie es von ihm in seiner Alltäglichkeit wahrgenommen wurde, war der Frieden in Südtirol nicht angekommen.

Höchst geehrter Präsident, wir wollen die Geschichte nicht erneut untersuchen und noch weniger die Prozesse: Die Tatsachen sind in den Akten. Es verbleibt aber auch die Tatsache, dass der Herr Oberleiter Heinrich nur Sachschaden verursacht und 1963 seinen Militärdienst für den italienischen Staat abgeleistet hat.

Was wir stattdessen mit diesem Gnadengesuch zugunsten des Herrn Oberleiter Heinrich übermitteln möchten, ist der historische Augenblick, jedoch isoliert und einzigartig, in welchem die Taten ausgeführt wurden. Er selbst erklärt, dass er bereits 1963 nicht mehr davon überzeugt gewesen sei, dass die Beschädigung der richtige Weg sei und dass er heute an die diplomatische Aktivität zur Lösung der Probleme glaube (zit. aus der Autobiographie des Herrn Oberleiter Heinrich, Seite 179).

Der Herr Oberleiter Heinrich ist heute eine alte Person und

pflegt mit Hingabe seine kranke Frau. Er hat seine eigenen Kinder und viele andere während der Zeit seiner Pflegevaterschaft großgezogen. Seine lebenslange Strafe (es sind bereits mehr als 50 Jahre vergangen) ist jene, nicht in sein geliebtes Südtirol zurückkehren zu können: Wollen Sie, höchst geehrter Präsident, dieselbe als verbüßt betrachten und dem Herrn Oberleiter Heinrich ein letztes Mal die Möglichkeit gewähren, wieder nach S. Giovanni di Valle Aurina zurückzukehren und seine Familie zu umarmen.

Ein Gnadenakt von Ihnen würde auch jene Leute wie uns stärken, welche überzeugt sind, dass unser Modell des Zusammenlebens – Frucht zahlreicher internationaler diplomatischer Anstrengungen – funktioniert hat und funktioniert zum Ärger jener, welche hingegen trennen und teilen wollen.

Indem wir Ihnen dafür danken, dass Sie dieses Gesuch von uns in Erwägung gezogen haben und indem wir auf Ihre wohlwollende Aufnahme desselben vertrauen, übermitteln wir Ihnen unsere hochachtungsvollen Grüße.

Der Bürgermeister Geometer Helmut Klammer

Der Gemeinderat:“

Protest der Ahrntaler Bürgerliste und der STF-Gemeinderäte

Sowohl die Ahrntaler Bürgerliste-Vertreter als auch die STF-Gemeinderäte verweigerten die Unterschrift. Der GR Benjamin Rauchenbichler stellte in einer Presseaussendung fest:

„Dieser Brief, der den Gemeinderäten zur Unterschrift vorgelegt wurde, war inakzeptabel.

*Der rein italienische Text ist **voller Rechtschreib- und Grammatikfehler,** womit die Gemeinde beim Staatspräsidenten wohl kein gutes Bild machen würde. Außerdem sollte ein offizielles Schreiben einer mehrheitlich deutschsprachigen*

*Gemeinde auf jeden Fall **zweisprachig** sein, meinen die STF-Gemeinderäte.*

Inhaltlich ist der Brief unhaltbar. Oberleiter wird als ungebildeter, armer Mensch mit mangelhafter, teils komplett fehlender Schulbildung dargestellt, der keine Zeitung las und von den Verhandlungen zwischen Österreich und Italien nichts wusste, was nachweislich nicht stimmt. Die Taten Oberleiters werden als „schwerwiegend“ bezeichnet, was dem Gnadengesuch sicher nicht förderlich ist.

Erst kürzlich hatte Bürgermeister Klammer den Gemeinderäten der Süd-Tiroler Freiheit bei der Behandlung ihres Antrages auf Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Heinrich Oberleiter vorgeworfen, sich nicht vorweg mit allen Fraktionen abgesprochen zu haben. Dies hat auch die SVP bei der Abfassung des Briefes an den Staatspräsidenten unterlassen. Selbst ein Versuch des Landtagsabgeordneten Zimmerhofer, den Bürgermeister zu einer Aussprache zu bewegen, scheiterte an seiner fehlenden Kompromissbereitschaft.

Aus diesen und weiteren Gründen haben die Gemeinderäte der Süd-Tiroler Freiheit beschlossen, das Schreiben der Gemeinde Ahrntal nicht mit zu unterzeichnen.

Benjamin Rauchenbichler

Gemeinderat der Süd-Tiroler Freiheit Ahrntal“

Diese Stellungnahme fand ein Echo in einer Reihe von Medien, darunter in der „Neuen Südtiroler Tageszeitung“:

Der Protest der Vereinigung ehemaliger politischer Häftlinge: Nicht auf den Knien nach Rom rutschen!

Sehr deutlich fiel auch die Stellungnahme des Obmannes der

Vereinigung ehemaliger Südtiroler politischer Häftlinge aus.

Roland Lang schrieb:

Internet-Portal:

Oberleiter-Begnadigung: SHB kritisiert Ahrntaler Bürgermeister

April 20, 2016

In einem „offenen Brief“ an Herrn Manfred Klammer, Bürgermeister der Gemeinde Ahrntal, übt der Südtiroler Heimatbund scharfe Kritik am vorgeschlagenen Brief des Bürgermeisters **(UT24 berichtete)**. Er soll als Gesuch um Begnadigung des ehemaligen Freiheitskämpfers Heinrich Oberleiter an den italienischen Staatspräsidenten geschickt werden.

Im Offenen Brief von SHB-Obmann Roland Lang heißt es wortwörtlich:

In ihrem Begnadigungsansuchen stellen Sie Heinrich Oberleiter dann als Unwissenden dar, dem es in der Abgeschiedenheit der Gebirgsgegend an Informationen über die Verhandlungen zwischen Österreich und Italien, die „zu einer friedlichen Lösung führen sollten“, gemangelt habe. Seiner Autobiographie „Es gibt immer einen Weg“ hätten Sie aber entnehmen können, dass Heinrich Oberleiter zu Beginn der 1960er Jahre viel in Österreich und in Deutschland arbeitete und über die politischen Verhältnisse innerhalb und außerhalb Südtirols informiert war.

Außerdem heißt darin:

Wenn es Unwissenheit gewesen wäre, die Menschen in den Widerstand gebracht habe, so müsste man dem Kreis solcher „Unwissender“ auch die Namen leitender Mitglieder, Unterstützer und Freunde des damaligen „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS) hinzufügen: Die Professoren Dr. Helmut Heuberger, Dr. Wolfgang Pfaundler und Dr. Felix Ermacora, den Verleger Dr. Fritz Molden, den ORF-Intendanten Dr. Gerd Bacher, den Senator Dr. Peter Brugger, den Landesrat Dr. Bruno Hosp, den Nordtiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer, den Nordtiroler Landesrat Rupert Zechtl und nicht zuletzt den Außenminister Dr. Bruno Kreisky.

Der SHB- Obmann schließt den Brief mit folgenden Sätzen:

Natürlich kann man ein Ansuchen um Begnadigung nicht als Anklageschrift gegen den italienischen Staat verfassen. Man hätte aber einen würdigen Text verfassen können, ohne auf den Knien nach Rom zu rutschen. Man hätte den Staatspräsidenten einfach bitten können, nach 50 Jahren einen versöhnlichen Schlussstrich unter die damaligen tragischen Ereignisse zu ziehen.

Es hätte sich auch gehört, den Text eines solchen Ansuchens mit dem Betroffenen abzusprechen.

Stellungnahme des ehemaligen politischen Häftlings Sepp Mitterhofer (28. April 2016 in den „Dolomiten“) und ergänzende Darstellung der Ahrntaler „Bürgerliste“ (3. Mai 2016 in den „Dolomiten“):

++++++++